



## Ereignisse, die uns erschüttern. Appell von Christen und Juden für ein Wort der Unterscheidung und des Friedens

01.02.2026 | Mitglieder jüdischer und christlicher Gemeinschaften

**Die folgende Erklärung, die von einer Gruppe von Personen verfasst wurde, die sich für den jüdisch-christlichen Dialog engagieren, ruft zu mehr Unterscheidungsfähigkeit und Differenziertheit im christlichen Diskurs und in der Analyse der Lage in Israel seit dem 7. Oktober 2023 auf.**

15 Januar 2026

Zu Beginn dieses neuen Kalenderjahres, während die Lage in Israel eine Pause zu machen scheint – die jedoch in vielerlei Hinsicht weiterhin besorgniserregend bleibt – sind einige Überlegungen zu den Diskursen und Analysen notwendig, die über diesen Konflikt kursiert haben und weiterhin kursieren.

Wir, Mitglieder jüdischer und christlicher Gemeinschaften, die in Israel oder anderswo leben und im Dialog engagiert sind, äußern unser tiefes Entsetzen und Mitgefühl angesichts des menschlichen Leids, das durch die Massaker vom 7. Oktober 2023 und die anschließend in der Region entstandene Gewalt verursacht wurde, die sowohl die jüdische als auch die palästinensische Bevölkerung schwer getroffen hat. Wir verurteilen die blinde terroristische Gewalt, die wahllos Zivilpersonen — Frauen und Kinder — trifft, unabhängig von den Tätern. Dieses Leid wird heute noch dadurch verstärkt, dass es für ideologische Diskurse instrumentalisiert wird, die das Urteilsvermögen trüben und behindern. Dass diese Diskurse selbst in bestimmten christlichen Kreisen negativ Widerhall finden, beunruhigt uns zutiefst und führt uns zu der Einschätzung, dass es notwendig ist, das Wort zu ergreifen.

Wir sprechen in Bewusstsein, mit Ernst und Verantwortung. Dieses Leid trifft uns, verpflichtet uns und bindet uns moralisch. Es verlangt gerechte Worte, zugleich aber auch erhöhte Wachsamkeit in der Art und Weise, wie wir sprechen, denn jedes religiöse Wort kann entweder Wege der Heilung eröffnen oder die Wunden vertiefen.

Gerade im Namen dieser moralischen Verpflichtung können wir nicht schweigen. Die jüdische und christliche Tradition lehrt, dass Wahrheit Demut erfordert, das heißt die Anerkennung unserer Grenzen, unserer blinden Flecken und unserer Unfähigkeit, die gesamte Komplexität der Realität allein zu erfassen. Besonders beunruhigt uns die wiederholte Verwendung des Begriffs „Völkermord“, der auch in christlichen Kreisen und Medien als endgültige Aussage gegen Israel verbreitet wird. Eine solche Qualifikation bindet sowohl unser moralisches Gewissen als auch unsere kollektive Verantwortung und muss mit Strenge und Urteilsvermögen behandelt werden, um Missbrauch oder Instrumentalisierung zu verhindern, das Gedenken der echten Opfer zu schützen und eine Banalisierung des Begriffs zu vermeiden, die die Opfer jeglichen wirklichen Schutzes berauben würde. Vorsicht gebietet daher, eine schwerwiegende Anschuldigung weder in eine absolute Gewissheit zu verwandeln noch sie wie einen leichtfertigen Slogan zu instrumentalisieren, denn die Vermischung von moralischem Entsetzen und juristischer Einordnung schwächt zugleich die Gerechtigkeit, die Glaubwürdigkeit des Rechts und das religiöse

Wort selbst.

Wir sind auch alarmiert, wenn Zionismus, der Staat Israel und — in der Folge — die Juden im Allgemeinen essentialisiert werden, indem sie als von Natur aus kolonial, rassistisch oder kriminell dargestellt werden. Ein solcher Ansatz verweigert die Anerkennung der Vielfalt von Geschichten, Erfahrungen und Bewusstseinsformen. Ebenso betrachten sich innerhalb der israelischen Gesellschaft, einschließlich der christlichen Gemeinschaften des Landes, viele als integraler Bestandteil Israels und nehmen voll am Leben des Landes teil. Diese oft unsichtbar gemachten Realitäten erinnern daran, dass kein Volk auf eine einzige Stimme oder eine einzige Haltung reduziert werden kann. Für viele von uns, Juden und Christen, die mit Israel verbunden sind, umfasst der Zionismus vielfältige, manchmal widersprüchliche Erzählungen, geprägt von Exil, Verfolgung, dem Holocaust, der Suche nach Zuflucht, aber auch von unterschiedlichen Bestrebungen nach Sicherheit, Gerechtigkeit und Frieden. Diese Pluralität auf eine einzige Ideologie des Bösen zu reduzieren, bedeutet, komplexe menschliche Wege zu leugnen und den Dialog unmöglich zu machen.

Es ist unerlässlich zu erinnern, dass die katholische Kirche durch den Heiligen Stuhl die historische und angestammte Verbindung des jüdischen Volkes mit dem Land Israel ausdrücklich anerkannt hat. Diese Anerkennung wurzelt insbesondere in der Erklärung *Nostra Aetate* des Zweiten Vatikanischen Konzils, die jede Ersatztheologie ablehnt und die Beständigkeit des jüdischen Volkes in der Geschichte des Heils betont. Sie führte folgerichtig auf politischer Ebene zur diplomatischen Anerkennung des Staates Israel im Jahr 1993, die die politische Anerkennung der wiedergewonnenen Souveränität des jüdischen Volkes über sein Land darstellt, die 1948 proklamiert und von der internationalen Gemeinschaft durch die Aufnahme in die Vereinten Nationen bestätigt wurde. Unter den aufeinanderfolgenden Pontifikaten von Johannes Paul II., Benedikt XVI. und Franziskus hat der Heilige Stuhl bekräftigt, dass das jüdische Volk kein fremdes oder koloniales Volk auf diesem Land ist, sondern eine tiefe historische Verbindung pflegt, die von jeder kritischen Bewertung der Politik einer gegebenen Regierung zu unterscheiden ist. Dies zu betonen bedeutet nicht, Ungerechtigkeiten gegenüber anderen Bevölkerungen zu leugnen, sondern ist Ausdruck eines Urteilsvermögens, das der historischen Wahrheit und den Grundlagen des jüdisch-christlichen Dialogs treu bleibt.

Bei der Betrachtung der Ereignisse ist es wesentlich, sich nicht von der durch Bilder und Berichte hervorgerufenen Emotion mitreißen zu lassen, sondern sorgfältiges Urteilsvermögen und beständige Demut zu üben, ohne die menschliche und historische Komplexität auf eine absolute binäre Opposition von Unterdrückern und Unterdrückten zu reduzieren. Die Komplexität der Lage zu betonen bedeutet nicht, sich zurückzuziehen, sondern sich gegen ein vereinfachtes und verkürztes Engagement zu entscheiden. Eine verkürzte Sichtweise führt dazu, Identitäten zu fixieren, Gruppen zu stereotypisieren und Völker in unveränderliche Rollen zu zwingen. Die Wahrheit vor Ort ist stets vielfältig und nuanciert. Die Nächstenliebe, die Liebe und das Mitgefühl für alle sollen unser Sprechen und unsere Kritik leiten, um die Würde aller Bevölkerungen zu wahren, ohne jemanden auszuschließen.

Es ist insbesondere zu vermeiden, verschiedene Ebenen – materielle, politische, historische und theologische – zu vermischen, die jeweils eigenen Logiken folgen und in Spannung geraten können, wenn über das Land Israel gesprochen wird. Die Frage lässt sich nicht darauf reduzieren, wer zuerst dort war. Die biblische Erzählung betont klar, dass das Land Kanaan von mehreren Völkern bewohnt war. Die jüdischen und christlichen Traditionen haben das Land niemals auf eine rein materielle Dimension reduziert. Das Land trägt zudem spirituelle, ethische und symbolische Bedeutung. Für das jüdische Volk ist die historische und physische Präsenz in Israel real und dokumentiert. Sie ist konstitutiv für seine Identität und seine Berufung. Die Leugnung dieser Realität ebnet den Weg zur Verneinung seiner Rechte und seiner historischen Bindung an dieses Land. Wenn diese Ebenen vermischt oder selektiv verkürzt werden, verlieren die religiösen Traditionen ihre Fähigkeit, konstruktiv zu Konflikten beizutragen und zu deren Überwindung.

Es ist außerdem notwendig, an die lange bestehende Präsenz anderer Völker und Minderheiten in der Region zu erinnern — insbesondere der Drusen, Beduinen, Samaritaner und anderer Gemeinschaften — die ihre eigenen Geschichten tragen und sich entschieden haben, ihre Zukunft innerhalb des Staates Israel zu gestalten. Das Schweigen über diese Bevölkerungen wirft eine ernsthafte moralische Frage auf: Werden ihre Rechte, ihre Stimme und ihre Würde als vernachlässigbar betrachtet? Es ist jedoch unbestreitbar, dass diese Gemeinschaften Anerkennung, Schutz und bürgerschaftliche Teilhabe im Staat Israel gefunden haben und dass sie sich entschieden haben, ihre Zukunft dort zu gestalten. Diese Realität, ohne die anhaltenden Ungerechtigkeiten zu leugnen oder die durchgeführten Politiken zu idealisieren, zeigt, dass die Situation nicht in eine einzige Erzählung gepresst werden kann, in der ein Akteur alle Rechte verkörpert und ein anderer alle Fehler. Ein der Wahrheit treues Wort kann nicht bestimmte Stimmen verschweigen, ohne seine Glaubwürdigkeit zu verlieren. Wenn es vorgibt, der Gerechtigkeit zu dienen, kann es nicht wählen, welche Völker genannt werden sollen und welche ausgelöscht werden dürfen. Die Treue zur Menschenwürde verlangt, alle Gemeinschaften in ihrer Vielfalt, mit ihren Rechten und Leiden anzuerkennen, ohne sie in einer reduzierenden Erzählung aufzulösen, die bestimmte Identitäten auf Kosten anderer hervorhebt.

Wir sind erschüttert, wenn eine moralische Asymmetrie bestimmte Gewalt relativiert, während andere absolut gesetzt werden, mit dem Risiko, Opfer zu hierarchisieren. Jedes menschliche Leben ist heilig. Verbrechen gegen Zivilisten, gleich welcher Art und Herkunft, müssen benannt, verurteilt und mit derselben moralischen Klarheit geahndet werden, ohne jegliche Rechtfertigung oder Relativierung. Es gilt, der Radikalisierung von Erzählungen entgegenzuwirken. Es ist unsere ethische Pflicht, die konkreten Auswirkungen der verwendeten Worte sorgfältig abzuwägen. Eine Rede, die die Wege des Dialogs verschließt, bereitet selten die versprochene Versöhnung oder Vergebung vor.

Wir bekräftigen unser unerschütterliches Engagement für die Würde und die Rechte aller Bevölkerungen der Region, in der Anerkennung, dass jedes Volk seine eigene Geschichte, Berufung und Verantwortung trägt. Diese Treue führt uns insbesondere dazu, die legitimen Bestrebungen der Palästinenser zu respektieren, zugleich aber das Recht des jüdischen Volkes auf Sicherheit und auf die Anerkennung seiner historischen und spirituellen Verbindung zu diesem Land zu bekräftigen. Sich zwischen diesen Verpflichtungen nicht entscheiden zu wollen, ist keine bequeme Haltung, sondern eine moralische und spirituelle Notwendigkeit. Wir glauben, dass Gerechtigkeit ohne Wahrheit Ideologie wird und dass Wahrheit ohne Liebe Gewalt wird.

In diesen dunklen Zeiten rufen wir religiöse Verantwortliche und gläubige Gewissen zu erhöhter Verantwortung auf. Unsere Worte können beruhigen oder entflammen, Wege öffnen oder dauerhaft verschließen. Treu unseren jeweiligen Traditionen wählen wir, weiterhin gemeinsam ein Wort der Wahrheit zu suchen, getragen von Gerechtigkeit, geprüft durch Urteilsvermögen und gestützt durch Liebe, ohne die kein wahrer Frieden möglich ist. So sagt der Psalmist:

„Es begegnen einander Huld und Treue;  
Gerechtigkeit und Friede küssen sich.  
Treue sprosst aus der Erde hervor;  
Gerechtigkeit blickt vom Himmel hernieder“ (Psalm 85, 11–12).

Möge das neue Jahr die Früchte der langjährigen Bemühungen von Israelis und Palästinensern tragen, die sich unermüdlich für friedliche und konstruktive Beziehungen einsetzen und trotz der angespannten Lage weiterhin mit Mut und Zuversicht handeln. Sie verdienen es, gewürdigt, ermutigt und unterstützt zu werden.

- **Pater Louis-Marie Coudray**, Prior der Benediktinerabtei Notre-Dame de la Résurrection in Abu Ghosh.
- **Pater Luc Cornaud**,

Abt der Benediktinerabtei La Pierre-qui-Vire.

- **Florence Taubmann**, ordinierte evangelische Pfarrerin, Mitglied der Vereinigung Shalom Salam.
- **Chief Rabbi David Rosen**, KSG, CBE, Internationaler Ko-Präsident von Religions for Peace.
- **Prof. Dr. Christian M. Rutishauser**, SJ, Professor für Jüdische Studien und Theologie, Universität Luzern.
- **Dr. Thérèse Andrevon Gottstein**, Katholisches Institut von Paris (ICP) und Elijah Interfaith Institute.
- **Prof. Donizetti L. Ribeiro**, Assistent des Generaloberen der Brüder von Sion, mit Sitz in Brasilien.
- **Prof. Dr. Roberta Ascarelli**, Präsidentin der Föderation der Jüdisch-Christlichen Freundschaften Italiens.
- **Prof. Jean-Dominique Durand**, Präsident der Jüdisch-Christlichen Freundschaft Frankreichs (AJCF).
- **Joël Thierry**, Generalsekretär der Jüdisch-Christlichen Freundschaft Frankreichs (AJCF).
- **Prof. Marco Cassuto Morselli**, Ehrenpräsident der Föderation der Jüdisch-Christlichen Freundschaften Italiens.
- **Prof. Dr. Gavin D'Costa**, Professor an der Päpstlichen Universität St. Thomas von Aquin; emeritierter Professor an der Universität Bristol.
- **Rabbi Dr. Dov Maimon**, Forschungsdirektor am Jewish People Policy Institute (JPPI).
- **Yisca Harani**, Direktorin des Religious Freedom Data Centre.
- **Dr. Tobias Wallbrecher**, Mitglied der Vereinigung Ricordiamo Insieme.
- **Friederike Pesch Wallbrecher**, Mitglied der Vereinigung Ricordiamo Insieme.
- **Rivka Spizzichino**, Mitglied der Vereinigung Ricordiamo Insieme.

Diese Erklärung wurde von Dr. Thérèse Andrevon Gottstein im Namen des Redaktionsteams vorgelegt. Der Text ist als Petition zur Unterzeichnung auf der Website [change.org](https://change.org) verfügbar.